

Gemeinde Niedernhausen, Ortsteil Niedernhausen
Bebauungsplan Nr. 19/77-00-15
„Schäfersberg“

5. Änderung

Beschlusssempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB.

Niedernhausen und Linden, den 03.01.2017

Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Stellungnahmen mit Anregungen und Hinweisen
Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises (23.11.2016)

Stellungnahmen ohne Anregungen und Hinweise
Regierungspräsidium Darmstadt, Dez. III 31.2 (17.11.2016)

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind keine Stellungnahmen eingegangen.

RHEINGAU – TAUNUS

KREIS



Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises (23.11.2016)

DER KREISAUSSCHUSS

Stellungnahme gem. § 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB)

Untere Bauaufsichtsbehörde

Sachbearbeiterin :	Frau Umlauer/Frau Diehl
Zimmer :	1.310/1.311
Telefon:	(06124) 510 - 5427506
Telefax :	(06124) 510 - 18542
e-Mail :	ivonne.umlauer@rheingau-taunus.de Sabine.diehl@rheingau-taunus.de
Servicezeiten :	Montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr
Ihr Zeichen:	
Die Nachricht vom: Bei Schriftwechseln ansetzen:	FD III.4-90-03291/16
Unser Zeichen:	
Datum:	23.11.2016
Grundstück	
Gemarkung	2016
Vorhaben	Niedernhausen
	Niedernhausen
	10 ND 13.5 - "Schäfersberg", 5. Änderung, Ortsteil Niedernhausen

Beschlusssempfehlungen

Stellungnahme gem. § 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB)

Kreisausschuss:	Büro für Gleichstellungsfragen	Frau Czymai
Fachdienst KE/WF		
Kreisentwicklung		
Fachdienst I.7	Schule, Hochbau u. Liegenschaften, Sport und Kultur	
Fachdienst II.7	Gesundheitsverwaltung	
Fachdienst II.2	Umwelt	
Fachdienst III.3	Brandschutz	
Fachdienst III.4	Bauaufsicht/Denkmalsschutz	
Fachdienst III.5	Ordnungs- und Kommunalaufsichtsbehörde, Wahlen	
Fachdienst III.6	Verkehr	
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft		

1. Stellungnahme des Büro für Gleichstellungsfragen:

Stellungnahme liegt nicht vor.

2. Stellungnahme des Fachdienstes KEMF Kreisentwicklung:

Aus der Sicht der Kreisentwicklung bestehen keine Bedenken oder Anregungen.

3. Stellungnahme des Fachdienstes I.7 – Schule, Hochbau u. Liegenschaften, Sport und Kultur:

Von Seiten des FD I.7 bestehen keine Bedenken oder Einwände.

4. Stellungnahme des Fachdienstes II.7 - Gesundheitsverwaltung:

Seitens des FD II.7 bestehen keine Bedenken oder Anregungen.

5. Stellungnahme des Fachdienstes III.2 - Umwelt (300743-2016-wil):

1. Immissionsschutz:

Folgende Nutzungseinschränkungen sind zum Schutz der Anwohner erforderlich:

1. Die Nutzung des „Generationenspielplatzes“ ist während der Nachtzeit gemäß der Freizeittäglichkeit (werktags 22.00 Uhr – 6.00 Uhr sowie sonn- und feiertags 22.00 Uhr – 7.00 Uhr) auszuschließen.
2. Musikveranstaltungen und Tonwiedergabegeräte sind im Bereich des „Generationenspielplatzes“ auszuschließen.
3. Die Nutzung von potentiell lärm erzeugenden Anlagen (z. B. Ballspielanlagen) ist zusätzlich zur Nachtzeit auch während der Ruhezeiten gemäß der Freizeittäglichkeit (werktags 6.00 Uhr – 8.00 Uhr sowie 20.00 Uhr – 22.00 Uhr und sonn- und feiertags 7.00 Uhr – 9.00 Uhr, 13.00 Uhr – 15.00 Uhr und 20.00 Uhr – 22.00 Uhr) auszuschließen.
4. Grillgeräte, offene Feuerstellen oder sonstige Anlagen bzw. Geräte mit Rauchentwicklung sind im Bereich des „Generationenspielplatzes“ auszuschließen.
6. Die Nutzungseinschränkungen und der Hinweis auf ruhiges Verhalten sind durch öffentliche Beschilderung im Bereich des „Generationenspielplatzes“ dem Nutzern deutlich bekannt zu geben. Nicht angemessene Nutzungen und Ruhestörungen, insbesondere in der Nachtzeit oder in den Ruhezeiten, sind durch die Ordnungsbehörde der Gemeinde Niedermhausen zu ahnden.

Zu 5.: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

In Bebauungsplänen können jedoch keine personen- oder handlungsbezogene Festsetzungen wie die Vorgeschlagenen getroffen werden. Die entsprechende Beschildierung des Generationenspielplatzes sowie die Sicherung einer vertraglichen Umsetzung des selben werden von der Gemeinde im Vollzug des Bebauungsplanes sichergestellt. Auf Ebene der Bauleitplanung besteht diesbezüglich kein Handlungsbedarf.

Zu 6.: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen

und im Zuge der Einrichtung des Generationenspielplatzes beachtet. Auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung besteht diesbezüglich kein Handlungsbedarf (vgl. zu 5.).

7. Begründung:

Die o. a. Regelungen werden als notwendig erachtet und sind bei Konflikten nachvollziehbar. Auch der Ausschluss von Musikveranstaltungen und Tonwiedergabegeräten ist erforderlich, weil sonst keine Nachvollziehbarkeit gegeben ist, wie laut z. B. ein privates Radio aufgedreht worden ist. Außerdem sind durch eindeutige Regelungen verhaltensbedingte Störungen möglichst vorab auszuschließen bzw. einzuschränken. Sollte es dennoch zu Zwiderhandlungen bzw. Verhaltenszu ähnen. Sollte es trotz ordnungsrechtlich durch die Gemeinde Niedernhausen Nachbarschaft kommen, ist ein immissionsschutzrechtliches Maßnahmen zu dauerhaften Beschwerden aus der der Anlage (Gemeinde Niedernhausen) nicht auszuschließen (z. B. Anordnung einer Zugangsbeschränkung durch Einzäunung oder Stilllegung der Anlage).

8. 2. Untere Naturschutzbehörde:

Keine Anregungen und Bedenken

9. 3. Untere Wasserbehörde:

Keine Anregungen und Bedenken

10. Stellungnahme des Fachdienstes III.3 - Brandschutz:

Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken.

11. Stellungnahme des Fachdienstes III.4 - Bauaufsicht:

Aus bauaufsichtlicher Sicht bestehen keine Bedenken.

12. Stellungnahme des Fachdienstes III.4 - Denkmalschutz:

Gegen die Bauleitplanung bestehen keine Bedenken.

**13. Stellungnahme des Fachdienstes III.5 – Ordnungs- und Kommunalaufsichtsbehörde,
Wahlen:**

Stellungnahme liegt noch nicht vor.

Zu 7.: Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen,

sie betreffen jedoch nicht die Ebene der Bauleitplanung.

Zu 9.: Die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Zu 10.: Die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Zu 11.: Die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Zu 12.: Die grundsätzliche Zustimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Zu 13.: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

14. Stellungnahme des Fachdienstes III.6 - Verkehr:

Die hierige Zuständigkeit ist nicht betroffen.

15. Stellungnahme des Eigenbetrieb Abfallwirtschaft:

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft hat keine Anregungen oder Bedenken.

Zu 14.: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Zu 15.: Die grundsätzliche Zusstimmung zur Planung wird zur Kenntnis genommen.

Im Auftrag
(Seyuy)